Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 168 (2002)

Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DEUTSCHLAND

Deutschland kauft zunächst nur 40 Transportflugzeuge Airbus A400M

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat Mitte März dieses Jahres 5,1 Mia. Euro für das Projekt A400M freigegeben (siehe auch ASMZ Nr. 4/2002, Seite 46). Weitere Verpflichtungen für diese Beschaffung gibt es vorerst nicht. Bis auf die Reformkommunisten der PDS stimmten die Vertreter aller Bundestagsfraktionen zu. Auch die konservative und die liberale Opposition unterstützten den Beschaffungsauftrag für diese Flugzeuge. In den vergangenen Wochen hatten sie aber die vorgesehene Finanzierung entschieden abgelehnt, da der SPD-Verteidigungsminister Scharping dabei das Budgetrecht des Parlaments missachtet haben soll.

Deutschland will nach wie vor für 9,5 Mia. Euro insgesamt 73 Transportflugzeuge dieses Typs erwerben. Über eine Beschaffung der restlichen 33 Maschinen soll nun aber mit dem Budget 2003 entschieden werden. Mit der ersten Bestellung sind aber keine zusätzlichen Garantien für die Abnahme weiterer Flugzeuge verbunden. Ursprünglich hatte die deutsche Regierung eingewilligt, dass die Partnerländer bei einem höheren Stückpreis – auf Grund einer geringeren Anzahl Bestellungen – einen Anspruch auf Entschädigung haben.

Vorerst sind die Finanzierungsprobleme für das neue Transportflugzeug, dessen Beschaffung dringend ist, auf die lange Bank geschoben. Es wird sich zeigen, ob eine Finanzierung der zweiten Tranche überhaupt möglich wird. hg

Wehrbeauftragter stellt grosse Mängel in den Streitkräften fest

Im März 2002 legte der Wehrbeauftragte des Bundestages seinen Jahresbericht dem Deutschen Bundestag vor. Im Bericht wird erstmals zwischen Soldaten im Auslandseinsatz und denen in Heimatstandorten unterschieden. Schwerpunkt waren Mängel, die im Bereich von Besoldung, Versorgung, Unterkünften und Betreuung festgestellt wurden. Die unterschiedliche Besoldung der Soldaten in den alten und neuen Bundesländern wird als Skandal bezeichnet. Das Argument, die Bundeswehr könne nicht anders als der übrige öffentliche Dienst besoldet werden, wird vom Wehrbeauftragten nicht gelten gelassen. Weil die Produktivität in den neuen Bundesländern im Durchschnitt bei 60 Prozent der alten liege, könne die volle Angleichung der Einkommen in allen Bereichen noch nicht erfolgen, wenn man eine dauernde Subventionierung der Löhne und Gehälter vermeiden wolle, argumentiert der Finanzminister. Demgegenüber stellt der Wehrbeauftragte fest, die Bundeswehr befände sich in einer Sondersituation des Einsatzes. Auch sei für sie allein der Bund zuständig. Es gehe nicht an, die Gleichbehandlung der Soldaten deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil die Gemeinden und Länder in Mittel- und Ostdeutschland erhöhte Personalkosten auf lange Zeit noch nicht verkraften können. Die Mehrbelastung betrüge jährlich etwa 50 Mio. Euro. Dies sei durch den Bund zu verkraften. Die psychologischen Folgen der ungleichen Besoldung wiegen schwer. Betroffene Soldaten argumentieren bereits, der Bund setze bei Auslandseinsätzen vermehrt Soldaten aus den neuen Bundesländern ein, um Geld zu sparen.

Der Klage über mangelnde finanzielle Fürsorge kommt anders als im Bericht 2001 grössere Bedeutung zu. Bemängelt werden die Entscheidungen die Altersversorgung zu senken, während gleichzeitig die Belastungen durch die Auslandseinsätze drastisch zunehmen; im Weiteren die Kürzung der Witwenbezüge und Überlegungen und, ob sich Gründe für die Kürzung des Auslandsverwendungszuschlages finden könnten. Dies gerade in einer Zeit, in der die deutschen Soldaten im Kosovo in einer besonders kritischen Situation sind. In Kabul seien deutsche Soldaten zusätzlich gefährdet, weil sie wegen der Verwechselbarkeit ihrer Bekleidung für Russen gehalten würden. Auch könne die Bundeswehr wegen der Vielzahl der Einsätze den Austauschrhythmus von sechs Monaten mit zweijähriger Pause nicht mehr einhalten. Soldaten als Bürger in Uniform denken politisch mit. Viele sind der Meinung und sprechen diese auch aus, dass militärisches und humanitäres Engagement fehlende politische Perspektive nicht ersetzen kann. Sie stellen den Sinn des Einsatzes in Frage. Der beklagte Beförderungs- und Verwendungsstau sei nicht in erster Linie eine Sache des Geldes, sondern viel mehr eine Frage des beruflichen Selbstverständnisses und der Anerkennung in ihrer militärischen Umgebung. In ständiger Wiederholung wird die Material- und Ersatzteillage beklagt. Mängel in der medizinischen Versorgung führten zu unzulänglichen Diagnosen, Beratungen und Behandlungen.

Erfreulich sei die reibungslose Integration von Soldatinnen. Sie seien schnell ein selbstverständlicher Bestandteil der Truppe geworden.

Zum Schluss betont der Wehrbeauftragte, dies sei kein Zustandsbericht, sondern eine Zusammenfassung von Mängeln, die durch Soldaten festgestellt wurden. Es lässt sich sagen, dass, bedingt durch mangelnde finanzielle Ausstattung die Bundeswehr nicht nur durch die vielen Auslandseinsätze über die Grenzen der personellen und materiellen Leistungsfähigkeit hinaus belastet ist, sondern es zeigen sich auch deutliche Anzeichen für Einbrüche im inneren Zusammenhalt der Truppe. Dazu gehören das Schwinden von Vertrauen in die politische, aber auch militärische Führung und die Verringerung der Motivation. Tp.

Modernisierungsstau beim Fahrzeugbestand

Die deutsche Bundeswehr betreibt eine Flotte von derzeit 108 000 ungepanzerten Radfahrzeugen. Es handelt sich dabei um handelsübliche, teilmilitarisierte und militarisierte Radfahrzeuge sowie Sonderfahrzeuge und Anhänger. Durch die bereits eingeleitete Umstrukturierung der Bundeswehr wird dieser Bestand auf rund 79 000 Fahrzeuge im Jahr 2008 reduziert. Aufgrund der geringen Investitionstätigkeit im Bereich Neufahrzeuge seit Anfang der 90er-Jahre ist die Fahrzeugflotte der Bundeswehr mit einem Durchschnittsalter von mehr als 14 Jahren überaltert.

Die für die Einsatzfähigkeit des Gesamtfahrzeugbestandes relevanten Ausgaben beliefen sich im Jahre 2000 auf damals 1,505 Mia. DM. Für Investitionen in Neufahrzeuge wurden hingegen nur rund 81 Mio. DM ausgegeben. Mit den im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bislang vorgesehenen Mitteln kann der beschriebene Modernisierungsstau nicht abgebaut werden. Die Schere zwischen der Leistungsfähigkeit der heutigen Fahrzeugflotte und den Mobilitätserfordernissen der Bundeswehr wird sich daher ohne grundlegende Investitionsreform weiter öffnen. Dies umso mehr, als mit den vermehrten Einsätzen im Ausland die Belastung der Fahrzeuge stark zugenommen hat. Zudem entstehen stark wachsende Kosten bei Wartung und Unterhalt der gesamten Radfahrzeugflotte. hg

Überalterung der Transportfahrzeuge bei der deutschen Bundeswehr (Bild: Sanitätsfahrzeug Unimog im Einsatz bei der SFOR in Bosnien-Herzegowina).

ÖSTERREICH

Offset-Geschäfte für Transporthelikopter-Beschaffung

Die Beschaffung der neuen Transporthelikopter «Black Hawk» für das österreichische Bundesheer war nach der Lawinenkatastrophe von Galtür im Februar 1999 beschlossen worden (siehe auch ASMZ 12/2000, Seite 38). Der Zuschlag für die US-Firma Sikorsky erfolgte im Oktober 2000. Die erste Maschine soll im August 2002 einsatzbereit sein; die weiteren Helikopter sollen im Laufe eines Jahres folgen. Den regulären Flugbetrieb aufnehmen will das Bundesheer erst nach Auslieferung der kompletten Staffel von neun Maschinen. Ein Angebot von Sikorsky für die verbilligte Lieferung von drei weiteren Maschinen des gleichen Typs wurde Ende 2001 durch die österreichische Regierung mangels Finanzierungsmöglichkeit abgelehnt.

Die Umsetzung der Kompensationsgeschäfte ist unterdessen bereits angelaufen. Abgeschlossen sind bereits Projekte im Umfang von 42 Mio. Euro, das entspricht in etwa 10 Prozent des gesamten Offset-Volumens. Die neun Transporthelikopter «Black Hawk» kosten rund 211 Mio. Euro.

An den Offset-Geschäften für den Helikopterdeal profitieren vor allem Firmen der Metallbranche und Luftfahrtausrüster. Dazu kommen diverse Forschungsprojekte, etwa in Zusammenarbeit mit den Austrian Research Centers. Die Firma Sikorsky will zudem technischen Studenten die Möglichkeit bieten, Praktika in den USA zu absolvieren. Für die Gegengeschäfte ist bis Ende 2010 ein Zeitraum vereinbart worden. Die Kompensationen sind bekanntlich auch ein wesentliches Argument für die Nachbeschaffung (Ersatz) der Abfangjäger «Draken». Angestrebt wird dort ein Kompensationsvolumen von minimal 100 Prozent. hg

Transporthelikopter «Black Hawk» für das österreichische Bundesheer.

Bundesheer kauft Transportflugzeuge C-130 «Hercules»

Der Kauf von Transportflugzeugen wird im österreichischen Verteidigungsministerium schon seit Jahren diskutiert. Bisher sind die anstehenden Transportbedürfnisse mit einer eingemieteten Casa CN-35-300 abgedeckt worden. Weil zusätzliche Kapazitäten fehlen, ist nun Österreich bei der laufenden Mission zu Gunsten der ISAF in Afghanistan bezüglich Transporte vollständig auf die deutsche Luftwaffe angewiesen.

Grossbritannien, das in einer ersten Phase mit der Führung des ISAF betraut war, hat nun Österreich drei generalüberholte Transportflugzeuge C-130K «Hercules» zum Verkauf angeboten. Diese stammen aus dem Bestand der «Royal Air Force», die nach Übernahme der Transportmaschinen C-17 rund 25 «Hercules» ausser Betrieb nehmen will. Der Preis für die drei Maschinen soll rund 33 Mio. Euro betragen. Nach der Generalüberholung könnten sie noch rund 20 Jahre im Einsatz stehen. Die Ausbildung von Piloten und Technikern ist im britischen Angebot enthalten.

Weltweit stehen heute noch rund 1600 Transportmaschinen vom Typ C-130 «Hercules» im Einsatz. Die Version C-130K kann rund 92 Personen oder bis zu 25 Tonnen Fracht transportieren. In einem für Österreich relevanten Operationsradius von rund 3000 km könnten noch rund 20 Tonnen mitgeführt werden.

Gemäss Angaben aus dem österreichischen Verteidigungsministerium soll die erste Maschine mit eigener Crew bereits Anfang 2003 im Einsatz stehen. Die Lieferung der weiteren Maschinen wird dann im Verlaufe des nächsten Jahres erfolgen. Die Finanzierung erfolgt durch zusätzliche Mittel und wird nicht vom normalen Verteidigungsbudget bestritten. hg

Transportflugzeug C-130 «Hercules».

SCHWEDEN

Weiterführung des ISAF-Einsatzes

Die schwedische Regierung hat Mitte März beschlossen, das laufende Engagement bei der ISAF in Afghanistan bis zum 31. August 2002 zu verlängern. Dies steht in direktem Zusammenhang mit der vorläufigen Verlängerung des UNO-Mandates bis Ende dieses Jahres. Von Januar bis April stand ein Detachement, bestehend aus 45 Offizieren der schwedischen «Special Protective Group» (SSG) in Afghanistan im Einsatz. Dabei handelt es sich um Spezialtruppen, die im Bereich Aufklärung, Nachrichtendienst und Sicherheit tätig gewesen sind. Gemäss Aussagen schwedischer Offiziere war ihre unter strikter Geheimhaltung laufende Mission zur Unterstützung der Sicherheit der ISAF-Kräfte sehr erfolgreich. Das Detachement wurde im Januar 2002 in einer schwierigen Situation in die Krisenregion entsandt und soll seinen Auftrag ohne ernsthafte Probleme bewältigt haben.

Abgelöst wurde das erste schwedische ISAF-Kontingent Mitte April durch ein Detachement aus der Fallschirmjägertruppenschule. Das neue Kontingent hat unterdessen im Einsatzraum Kabul andere Aufgaben übernommen. Die neuen Kräfte bestehen wiederum hauptsächlich aus Offizieren der Reserve und aus Freiwilligen. Für allfällige Verstärkungen resp. die nächste Ablösung Ende August dürften Teile der schwedischen Schnellen Eingreiftruppe zum Einsatz kommen. In diesem Falle müsste einmal mehr auch der Auftrag entsprechend angepasst werden. Allerdings muss vorerst noch das Parlament (Reichstag) Schwedens darüber entscheiden. hg

Schnelle Eingreiftruppe soll ausgebaut werden (Vorschlag für entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten)

In der schwedischen Streitkräfteplanung wird u.a. die Aufstellung einer mobilen Einsatztruppe von zirka 2000 Mann vorgeschlagen. Gemäss den Vorstellungen der Streitkräfteführung soll deren Finanzierung ab dem Jahre 2004 eingeplant werden.

Die vorwiegend für internationale Einsätze geplante Truppe soll sich aus allen drei Teilstreitkräften zusammensetzen. Das Gros besteht aus zwei mechanisierten Bataillonen des Heeres, die mindestens innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein müssten. Gemäss ersten Planungen würden für die Aufstellung einer solchen Truppe im Jahre 2004 rund 515 Mio. SKronen (rund 50 Mio. US-$) benötigt; im Folgejahr wären es 815 Mio. SKronen (rund 78 Mio. US-$). Eine Finanzierung dieser primär auch zu Gunsten der EU vorgesehenen Einsatztruppe würde allerdings zur Kürzung bei den geplanten Investitionen führen.

Schwedische Angehörige bei der KFOR; Schweden will Einsatztruppe für internationale Einsätze vergrössern.

Dies hätte wiederum drastische Konsequenzen auf die Verteidigungsstruktur und die eigene schwedische Rüstungsindustrie. Denn der derzeitige Budgetplan für 2003 sieht eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes in der Höhe von 10 Prozent vor. Diese Einsparungen sollen primär über einen Abbau der Personalkosten, u. a. Reduzierung der Wehrpflichtigen sowie Bestandesreduktionen bei Offizieren und Zivilangestellten, erreicht werden. Daneben sind aber auch drastische Einsparungen bei den Ausbildungskosten notwendig.

Der schwedische Oberbefehlshaber, General Hedestedt, möchte grundsätzlich das heutige Wehrpflichtsystem beibehalten; aber es soll flexibler angepasst werden. Verlangt wird mehr Anreiz für den Dienst in den neuen Streitkräften; heute ist beispielsweise in Schweden lediglich einer von zehn Wehrpflichtigen an einem internationalen Einsatz interessiert. hg

Neuregelung des Assistenzeinsatzes für die Streitkräfte

Nach den Hochwasserkatastrophen im Herbst 2000 und im Frühling 2001 wurde von der schwedischen Bevölkerung eine vermehrte Unterstützung durch die eigenen Streitkräfte verlangt. In den letzten Monaten hat ein zu diesem Zweck eingesetzter Ausschuss dem Verteidigungsministerium einen Vorschlag zur Neuausrichtung des militärischen Assistenzdienstes vorgelegt. Ziel ist es, den Assistenzeinsatz durch die Streitkräfte grundsätzlich in der schwedischen Verfassung zu verankern und die diesbezügliche Anwendung zu erleichtern. Die schwedischen Truppen sollen künftig auf Antrag hin sowohl im gesamtstaatlichen als auch im regionalen Rahmen zur Unterstützung der Zivilbevölkerung eingesetzt werden können. Voraussetzung sind allerdings ein allgemeines Gesellschaftsinteresse sowie ein gewisser Ausbildungswert für die eingesetzten Truppen.

In der neuen Verordnung soll auch die Kostendeckung von Assistenzeinsätzen geregelt werden. Grundsätzlich können die Streitkräfte Gebühren für solche Unterstützungstätigkeit erheben. Bei Unterstützung nichtstaatlicher Institutionen soll eine vollständige Kostendeckung erreicht werden; bei Einsätzen zu Gunsten des Staates oder Behörden wird eine teilweise Verrechnung angestrebt.

Unter den schwedischen Parteien war lange umstritten, wie weit militärische Ressourcen für rein zivile Zwecke und Aufgaben eingesetzt werden sollen. Ursprünglich hatten sich vor allem die schwedischen Sozialdemokraten und die Grünen dagegen ausgesprochen; unterdessen haben auch diese ihre Meinung geändert. Denn immer stärker war vor allem von der Landbevölkerung eine Unterstützung des Militärs bei Naturkatastrophen und primär bei der Beseitigung von Schäden nach solchen Ereignissen gefordert worden. hg

NIEDERLANDE

Beteiligung am US-Entwicklungsprogramm des Kampfflugzeuges JSF

Im Februar 2002 wurde von der niederländischen Regierung eine Teilnahme am Entwicklungsprogramm für das amerikanische Kampfflugzeug F-35 JSF (Joint Strike Fighter) beschlossen. Damit ist Holland nach Kanada das zweite Land, das sich an diesem Entwicklungsprogramm beteiligen will. Weitere europäische Interessenten sind Norwegen und Dänemark.

Falls nun auch das Parlament diesem Antrag zustimmt, wird die niederländische Luftwaffe als Ersatz für die heutigen F-16 insgesamt 88 (heutiger Planungsstand) F-35 JFS anschaffen. Mit dieser Beschaffung im Wert von rund 6 Mia. Euro würden somit die europäischen Konkurrenten Eurofighter 2000 «Typhoon», «Rafale» und JAS-39 «Gripen» das Nachsehen haben. Durch die Teilnahme am Entwicklungsprogramm JSF erwartet die niederländische Wirtschaft amerikanische Aufträge und Gegengeschäfte im Umfang von rund 8 Mia. Euro. Die am Entwicklungsprogramm beteiligten Staaten haben praktisch keinen Einfluss auf die Weiterentwicklung des JSF; der finanzielle Beitrag muss aber mindestens 5 Prozent der gesamten Entwicklungskosten betragen.

Der Entscheid der niederländischen Regierung wurde vor allem aus technischen und wirtschaftlichen Überlegungen gefällt. Neben dem relativ günstigen Preis und den vorteilhaften Kompensationsgeschäften ist es vor allem die technische Überlegenheit des JSF, die gegenüber den europäischen Mitkonkurrenten ausschlaggebend waren. Bis zur vorgesehenen Einführung nach 2010 dürften die heute bereits in Produktion stehenden europäischen Typen nicht mehr den neusten Technologiestand aufweisen. hg

Prototyp des F-35 JSF von Lockheed Martin.

TÜRKEI

Übernahme des Kommandos für die internationale Schutztruppe ISAF in Afghanistan

Das Kommando der International Security Assistance Force (ISAF) wird im Mai 2002 von Grossbritannien an die Türkei übergehen. Dies wurde im Verlaufe des Monats März zwischen Militärvertretern der Türkei, Grossbritanniens und den USA ausgehandelt, wobei folgende Bedingungen festgelegt worden sind:

- Verlängerung des bis Ende Juni laufenden UNO-Mandates um weitere sechs Monate;
- Keine unmittelbare Mandatserweiterung auf andere Städte und Regionen Afghanistans;
- Weitere Gewährleistung der benötigten internationalen Truppenbestände von insgesamt 5000 Mann;
- Weiterführung der taktischen Führung in Kabul durch die deutsche Bundeswehr;
- Finanzielle Hilfe an die Türkei im Umfang von 228 Mio. US-$, 28 Mio. Direkthilfe sowie 200 Mio. so genannte Schuldenerleichterung durch die USA.

Das bisher nur 260 Soldaten umfassende türkische ISAF-Kontingent wird ab Mai auf mindestens 1000 Mann aufgestockt. Die Türkei hatte schon vor Monaten ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme dieses Kommandos bekundet, jedoch anfänglich zum Teil überrissene Forderungen gestellt. Dazu gehörte vor allem eine massive finanzielle Unterstützung durch andere NATO-Partner. Zudem stand über einige Zeit auch eine Kommandoübernahme durch Deutschland zur Diskussion. hg

Das Mandat für die International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan ist bis Ende 2002 verlängert worden. Bild: Türkische Spezialtruppen bei der Ausbildung.

GRIECHENLAND

Beschaffung von Kampfpanzern «Leopard 2» und Transportflugzeugen C-27J

Das griechische Verteidigungsministerium gab im März den Entscheid zur Beschaffung von 170 Kampfpanzern «Leopard 2A5» und von 12 Transportflugzeugen C-27J «Spartan» bekannt.

Ursprünglich hatte die griechische Armee die Beschaffung von insgesamt 246 Kampfpanzern, 24 Bergepanzern, 12 Brückenlegepanzern und 12 Trainingsfahrzeugen geplant. Aus Spargründen sollen jetzt lediglich 170 Panzer sowie eine noch nicht genau definierte Anzahl von Berge- und Brückenlegepanzern eingeführt werden. Das mit der deutschen Krauss-Maffei Wegmann (KMW) vorgesehene Geschäft im Umfang von rund 1,5 Mia. Euro beinhaltet die üblichen Leistungen wie Ersatzteile, Einrichtungen für Ausbildung und Unterhalt usw. Mit einer intensiven Beteiligung durch die griechische Rüstungsindustrie sollen Tausende von Arbeitsplätzen in allen Regionen Griechenlands gesichert werden. Die massgeblich beteiligten griechischen Firmen für die Lizenzproduktion des «Leopard 2GR» sind Elbo, Ebo, Metka, Intracom, EAB und Hellenic Aerospace Industries (HAI). Die Produktion der Kampfpanzer soll rund 27 Monate nach Unterzeichnung des Vertrages aufgenommen werden; die Beschaffung soll sich über eine Periode von rund 75 Monaten erstrecken.

Zusammen mit dem Panzerentscheid wurde auch der Entscheid bezüglich Transportflugzeug gefällt. Geplant ist die Beschaffung von 12 Maschinen C-27J «Spartan», die von den Firmen Lockheed Martin (USA) und Alenia Aeronautica (IT) angeboten wird. Zudem besteht eine Option für die Übernahme von weiteren drei Maschinen. Weitere Konkurrenten der griechischen Transportflugzeug-Evaluation waren die spanischen Typen Casa CN-235 und C-295. hg

USA

Die technologischen Lücken zwischen den Streitkräften der USA und Europas

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General aD Klaus Naumann, gilt als einer der bedeutendsten militärischen und sicherheitspolitischen Analytiker Deutschlands. In der «FAZ» vom 11. März 2002 veröffentlichte er eine Analyse, die er mit «Europas doppelte Lücke» überschrieb. Dass es eine technologische Lücke zwischen den Streitkräften der USA und der Europäer gibt, hat sich bei den gemeinsamen Einsätzen im Irak, auf dem Balkan und in Afghanistan eklatant erwiesen und ist bekannt, aber noch nie so präzise wie durch General aD Naumann öffentlich beschrieben worden. Die USA verfügen über Zielaufklärungs-, Übertragungs-, Waffen- und Munitionssysteme, die es ermöglichen, die detaillierten Aufklärungsdaten über Hunderte von Kilometern an Kampfflugzeuge zu übermitteln und während des Zielanfluges die ständig aktualisierten Zieldaten in den Gefechtskopf von Abstandwaffen zu übertragen. Kern dieser Revolution ist eine Planung, die die Amerikaner mit «systems of systems» nennen. Es werden nicht mehr Waffenplattformen wie Panzer oder Waffensysteme geplant, sondern ein Verbund. Hierdurch soll dem Kommandeur ermöglicht werden, bei Tag und Nacht ein Echtzeitbild der Lage zu erhalten, über ständige sichere Kommunikationssysteme Zugang zu allen Kampfmitteln zu bekommen und mit diesen den Gegner und dessen Führungsfähigkeit auszuschalten. In naher Zukunft werden die US-Streitkräfte befähigt sein, dass ein tief im feindlichen Hinterland operierender Trupp Special Forces die Führungseinrichtungen des Feindes ortet, einen Fernschlag mit Mikrowellenbomben anfordert und danach über die Positionen des Feindes dessen Waffensysteme durch Präzisionsfeuer aller Teilstreitkräfte aus grossem Abstand und mit grosser Genauigkeit angreift und vernichtet. Das ist nur ein Beispiel für die «doppelte» Überlegenheit der Amerikaner. Sie besteht in der Überlegenheit der Einzelwaffen und der im Übertragungs- und Verbundsystem.

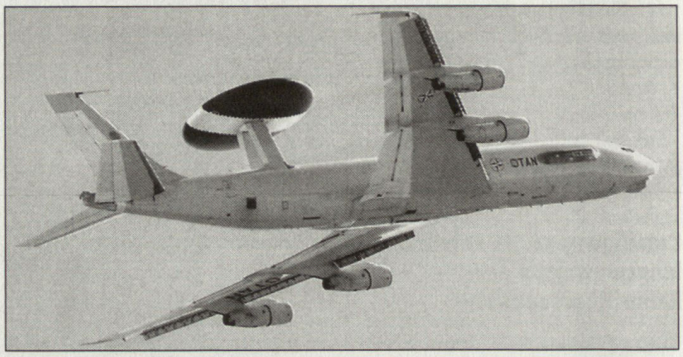
Im Einzelnen beschreibt er die Dimensionen des von den USA geplanten Systems und stellt fest, dass die Europäer, auch wenn das Geld hierfür zur Verfügung stünde, Jahre benötigten, um ähnliche leistungsfähige Systeme zu entwickeln.

Ohne Zusammenfassung der geistigen, industriellen und finanziellen Ressourcen der einzelnen Staaten und erhebliche Aufstockung der Verteidigungshaushalte, vor allem auch des deutschen, wird Europa kein gleichrangiger Partner werden. Tp.

AWACS-Flugzeuge der NATO sichern den Luftraum der USA

Teile des AWACS-Verbandes NATO-E-3A aus Geilenkirchen (Deutschland) unterstützen nach einer Anfrage der US-Regierung die Amerikaner bei der Operation «Noble Eagle». Dabei handelt es sich um eine erhöhte Präsenz von Teilen der US-Streitkräfte zu Gunsten der Heimatverteidigung inklusive der lückenlosen Überwachung des eigenen Luftraumes. Das heisst konkret, dass jedes fliegende Objekt erfasst und identifiziert wird. Die AWACS-Abteilung der NATO, die gegenwärtig aus sieben Überwachungsflugzeugen und acht Besatzungen besteht, ist auf der Air Force Base Tinker in Oklahoma-City stationiert. Sie repräsentiert mit rund 200 Soldatinnen und Soldaten alle dreizehn beteiligten NATO-Staaten des Verbandes.

Seit dem 15. Oktober letzten Jahres fliegen die Überwachungsflugzeuge E-3A der NATO regelmässig ihre Einsätze über dem Luftraum der USA und leiten dabei die US-Maschinen der nationalen «Combat Air Patrol». Die Einsatzdauer der Luftfahrzeugbesatzungen, der Techniker sowie des Unterstützungspersonals beträgt sechs bis acht Wochen. Bis zum Beginn der Olympischen Winterspiele in Salt Lake City absolvierten die Besatzungen mit ihren Flugzeugen insgesamt 202 Einsätze mit annähernd 2400 Flugstunden. Noch ist unklar, wie lange dieser Auftrag zur Unterstützung der US-Heimatverteidigung noch dauern wird. hg



AWACS (Airborne Warning and Control System) E-3A der NATO. ■